

FRIEDBERT PFLÜGER:

Beide Seiten werden profitieren

Sicherlich ist eine Kosten-Nutzen-Analyse der EU-Erweiterung kein einfaches Unterfangen. Der zentrale Gewinn jedenfalls ist der Transfer von Frieden und Stabilität. Wie oft wurde in den vergangenen Jahren gesagt, das Motiv der europäischen Gründungsväter – die Sicherung von Frieden und Freiheit nach der Katastrophe von zwei Weltkriegen – habe sich überlebt. Die blutigen Kriege auf dem Balkan haben vor Augen geführt, dass das Gegenteil der Fall ist. Anders als Süd-Osteuropa, aber auch als Russland und die GUS, bilden die künftigen Mitgliedstaaten eine Zone der Stabilität und des wirtschaftlichen Aufschwungs.

Klarer als anderswo ist hier zu erkennen, dass bei der EU-Erweiterung beide Seiten profitieren: So trägt der deutsche Osthandel erheblich dazu bei, den konjunkturellen Aufschwung in Mittel- und Osteuropa zu fördern. Aber ebenso tun die östlichen Absatzmärkte das Ihre, um Wachstum und Arbeitsplätze in Deutschland zu sichern.

Auch den besorgten Fragen nach möglichen Nachteilen der EU-Ausdehnung muss offensiv begegnet werden. Dies gilt vor allem für die in Deutschland akuten Ängste vor einer massiven Zuwanderung von Arbeitskräften aus den östlichen Nachbarländern. Fast alle Untersuchungen der vergangenen Jahre widerlegen diese Befürchtungen. Nach Schätzungen des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung werden in den ersten Jahren nach einer EU-Erweiterung höchstens 200 000 Menschen im Jahr nach Deutschland kommen und weitere 150 000 in die übrige EU – langfristig mit fallender Tendenz. Bei allen Schwierigkeiten muss man sich freilich immer vor Augen halten: Es würden sicher weitaus mehr Menschen zu uns kommen, wenn unsere Nachbarstaaten nicht die Perspektive des baldigen EU-Beitritts hätten.

Dr. Friedbert Pflüger, außenpolitischer Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, auf den Ulmer Beton- und Fertigteiltagen 2004 in Ulm, über die Chancen und Risiken der EU-Osterweiterung.

DIRK-UWE KLAAS:

Bauen lohnt sich auch in diesem Jahr

Die Eigenheimzulage wird trotz der seit diesem Januar geltenden Neuregelung auch in diesem Jahr eine lohnende Unterstützung für private Bauherren sein. Nach zähem Ringen im Vermittlungsausschuss bleiben 70 % der Zulage erhalten. Damit ist die Eigenheimzulage auch in Zukunft ein starkes Argument für den Bau eines selbst genutzten Hauses. Für Baufamilien ist nach wie vor eine hohe Förderquote drin: Das Geldgeschenk vom Staat kann ein Fünftel der Baukosten decken. So wirft die Investition in das eigene Zuhause sogar noch eine attraktive Rendite ab.

Dirk-Uwe Klaas, Hauptgeschäftsführer des Bundesverbandes Deutscher Fertigbau (BDF), Bad Honnef, in einer Verbands-Pressemitteilung.



Manfred Wichert Foto: bu

MANFRED WICHERT:

Etwas bewegen kann nur, wer sich selber bewegt

Der gravierende Wandel der Bevölkerungsstrukturen, der Wirtschaft, des Arbeitsmarktes und des Sozialstaates hat sich über Jahre in Form einer tickenden Zeitbombe erkennbar vollzogen. Die Politik hat diese Entwicklung ignoriert oder in ihren Konsequenzen nicht erkannt. Sie läuft buchstäblich dem Leben hinterher, kann nur reagieren und kaum noch gestalterisch agieren. Und diese Tatsache wiegt umso schwerer, als das Informationsdickicht immer größer, die Halbwertszeiten des Wissens immer kleiner und die Prozesszyklen immer kürzer werden.

Ist der in jüngster Zeit offenkundig gewordene große Beratungsbedarf unserer Politiker nicht ein Indiz für die mangelnde Qualität unserer politischen Kaste? Und verbindet sich mit dieser Frage nicht die Feststellung, dass die hohen Erwartungen, die wir in den Reformwillen und die Umsetzungskraft der politisch Handelnden gesetzt hatten, nur auf Minimalniveau erfüllt wurden?

Doch wo ein Wille ist, ist auch ein Weg. Und diesen dürfen wir uns durch ewige Nörgler, Berufspessimisten und die augenblickliche angespannte politische und wirtschaftliche Gesamtsituation nicht verstellen lassen. Um die Zukunft zuversichtlich angehen zu können, muss man die Gegenwart gestalten und etwas bewegen. Etwas bewegen kann man jedoch nur, wenn man sich selber bewegt. Und dazu gehören eine optimistische Grundeinstellung, persönlicher Einsatzwille, Risikobereitschaft und die Fähigkeit, die Chancen der Zukunft erkennen und nutzen zu wollen. Das setzt nüchternen Realitätssinn und analytische Vorgehensweise voraus.

Manfred Wichert, 1. Vorsitzender des Verbandes der Baumaschinen-Ingenieure und -Meister (VDBUM), beim diesjährigen VDBUM-Seminar in Braunlage.

MICHAEL SCHULZ:

Auch Fortschritt kann Rückschritt sein

Es gibt bereits Reformen, im Bereich der Steuerpolitik, im Bereich der sozialen Sicherungssysteme, jeweils zwar nur ein bisschen, zum Teil sogar konterkariert durch neue Auflagen, aber immerhin: Die Richtung, zum Beispiel wenn es um mehr Eigenverantwortung geht, könnte stimmen. Wer dies denkt, der bedenke: Nicht nur Stillstand ist Rückschritt, auch ein bisschen Fortschritt kann Rückschritt sein, jedenfalls dann, wenn andere schneller voranschreiten.

Michael Schulz, Präsident des Bundesverbandes der Deutschen Kies- und Sandindustrie (BKS), Duisburg, auf der Fachtagung „Forum Kies+Sand 2004“ in Aachen.

THOMAS BAUER:

Investitionen – eine Restgröße des Konsums

Investitionen sind in Deutschland zur Restgröße des Konsums verkommen. Die DDR hat uns vorgemacht, wohin das führt. Der Bundesregierung werfe ich politisches Versagen vor: bei der im Grundsatz wichtigen Maut, die politisch zur Lachnummer wurde; in der Steuerpolitik – Belastungen und Verschärfungen statt Wachstumsimpulse; in der Renten- und Gesundheitspolitik.

Auch die Kürzungspolitik des Freistaates Bayern halte ich für unverantwortlich einseitig. Nach Angaben des Bayerischen Finanzministeriums fallen 86 % der Haushaltskürzungen auf Investitionen. Folge sind dramatische



Prof. Thomas Bauer

Einbrüche in Erhalt und Ausbau der öffentlichen Infrastruktur: Straßen- und Schienennetz, Abwasserkanäle, Schulen und Hochschulen verkommen, das öffentliche Vermögen verfällt, die Verschuldung steigt. Das Per-

sonal, das der Staat nicht abbaut, müssen wir Bauunternehmer abbauen. Für die Arbeitslosenversicherung ist das ein Nullsummenspiel – für unser Land bedeutet es Reduzierung von Zukunftsfähigkeit.

Prof. Thomas Bauer, Präsident der Bayerischen Bauindustrie, auf der Mitgliederversammlung seines Verbandes in München.

WALTER GEGENFURTNER:

Autobahn AG soll Mobilität sichern

Alle Bundesautobahnen müssen mittelfristig an Betreiber mit privatrechtlicher Gesellschaftsform übertragen werden. Unsere Bundesautobahnen sind ein wertvolles Investitionsgut – und so müssen wir sie auch behandeln.

Für die Gründung einer Auto-

bahn AG in Deutschland sprechen folgende Gründe: Die öffentlichen Haushalte sind derzeit nicht in der Lage, den durch das zunehmende Verkehrsaufkommen sowie die dringend notwendigen Erhaltungsaufwendungen für unsere bestehende Verkehrsinfrastruktur anfallenden Baubedarf zu finanzieren. Die Verkehrshaushalte unterliegen fast immer den Konsum- und Sozialansprüchen. Drastisches Beispiel sind die neuerlichen Kürzungen um insgesamt 7,7 Mrd. Euro im Bundeshaushalt Verkehr und in der mittelfristigen Finanzplanung bis 2008.

Dipl.-Ing. Walter Gegenfurtner, Vorstandsmitglied des Bayerischen Bauindustrieverbandes und Geschäftsführer der Stratebau AG in Regensburg, auf der verkehrspolitischen Tagung der Gesellschaft zur Förderung umweltgerechter Straßen- und Verkehrsplanung (GSV) in Landshut.

Anzeige

Die Blicke der Kunden gehören auf jeden Fall schon mal Ihnen.

Jetzt umsteigen. Jetzt Probe fahren: 0180/5000107*

Die Signum Class. Elegant, dynamisch, außergewöhnlich komfortabel. Ausgestattet mit modernster Motoren- und Sicherheitstechnologie. Eine faszinierende Erfahrung, die Sie übrigens auch wirtschaftlich überzeugen wird. Rufen Sie uns einfach an. Wir bauen Ihr Auto. Der Opel Signum.

* 0,12 €/Min.